

PRESSEMITTEILUNG

DGB zum Arbeitsmarkt in Hessen: Beschäftigte schützen – Unternehmen zukunftssicher machen

Frankfurt, 3. Januar 2020

Zu den veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen der Bundesagentur für Arbeit für Dezember erklärt Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen:

„Die gute konjunkturelle Lage trübt sich bundesweit ein, auch am hessischen Arbeitsmarkt machen sich Veränderungen deutlich bemerkbar. Ob bei Buderus in Wetzlar, Continental in Babenhausen, bei der Commerzbank oder bei Condor in Frankfurt – die Schlagzeilen zu Standortschließungen und zum Abbau von Arbeitsplätzen reißen in den letzten Wochen nicht ab. Das sind schlechte Nachrichten zum Jahreswechsel für alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien.“

Die Beschäftigten dürften nicht im Stich gelassen werden, so der Gewerkschafter, zumal sie auch in Zukunft dringend als Fachkräfte gebraucht würden. DGB und Gewerkschaften hätten schon lange davor gewarnt, dass Unternehmen und Politik die Folgen der wirtschaftlichen Transformation verschlafen würden. Ein Recht auf Weiterbildungsberatung bei der Arbeitsagentur reiche nicht aus, ein verbindlicher Rechtsanspruch auf Weiterbildung sei notwendig.

Rudolph weiter: „Die Qualifizierung von Beschäftigten im Strukturwandel muss durch die Einführung eines Transformationskurzarbeitergeldes flankiert werden. Das ist insbesondere für die Bereiche wichtig, die von der Energie- und Mobilitätswende betroffen sind. Notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz müssen dringend durch Maßnahmen flankiert werden, die die betroffenen Beschäftigten und ihre Familien schützen“, betont Michael Rudolph.

Die hessische Landesregierung sei aufgefordert, ein klares Bekenntnis zur Industrie abzugeben. Im schwarz-grünen Koalitionsvertrag wurde auf Initiative des DGB ein industriepolitischer Dialog zwischen Landesregierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgenommen. „Diese Gespräche müssen jetzt schleunigst beginnen. Die genannten Beispiele zeigen, wie groß der Handlungsdruck bereits jetzt ist. Es geht um zukunftssichere Beschäftigung, tarifliche Entlohnung und Gute Arbeit – und das weit über das Jahr 2020 hinaus“, so Rudolph abschließend.

Bezirkspressestelle

PM 107

Hanna Hoeft

Pressesprecherin
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

hanna.hoeft@dgb.de

Telefon: 069 273005-52
Telefax: 069 273005-55

hh/rs

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt

hessen-thueringen.dgb.de